

Abgeordnetenhaus B E R L I N

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen

20. Sitzung
14. Februar 2013

Beginn: 10.08 Uhr
Schluss: 12.30 Uhr
Vorsitz: Anja Kofbinger (GRÜNE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Alexander Spies (PIRATEN) fragt für seine Fraktion:

Wie geht es nach dem Ende des zweijährigen Modellprojektes „Berliner Joboffensive“ zum 31. März 2013 weiter, wie bewertet der Senat das Projekt vor dem Hintergrund der bundesweiten Ausweitung durch die Bundesagentur für Arbeit, und vor allem was geschieht mit den 350 befristet eingestellten Arbeitsvermittler/-innen in den Berliner Jobcentern nach dem Ende des Projektes: Bleiben diese in den Jobcentern, oder werden sie in die Arbeitslosigkeit entlassen?

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) erklärt, die Berliner Joboffensive – BJO – sei neben Berlin-Arbeit ein zentrales Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das vom Land Berlin und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit – RD BB – für zwei Jahre angelegte Projekt könne als Erfolg gewertet werden: Mehr Vermittlerinnen und Vermittler in den Jobcentern führten tatsächlich zu einer besseren Integration auf den ersten Arbeitsmarkt. Das Projekt solle nach den Erfolgen in Berlin bundesweit ausgeweitet werden. Auch in Berlin solle es verstetigt werden. Die zusätzlichen 350 Stellen blieben erhalten. Von den bisherigen 350 befristeten Verträgen der Vermittlerinnen und Vermittler würden 150 entfristet. Die restlichen Stellen würden anderweitig besetzt. Die in zwei Jahren gut qualifizierten Vermittlerfachkräfte könnten in den Jobcenter auf kommunaler Ebene oder im Berliner Jobcoaching eingesetzt werden.

Alexander Spies (PIRATEN) zeigt sich erfreut, dass wenigstens 150 Personen dadurch eine feste Arbeitsstelle erhalten hätten. Seine Fraktion erwarte, dass weiterhin 350 Vermittler zur

Verfügung stünden. Sei es möglich, die verbleibenden 200 derzeitigen Vermittler einzustellen?

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) antwortet, darauf habe SenArbIntFrau keinen direkten Einfluss. Wichtig sei, dass die Stellenanzahl 350 bleibe. Die RD BB und SenArbIntFrau seien sich darin einig, den Betreuungsschlüssel 1 : 100 für die sogenannten marktnahen Jobcenter-Kunden beibehalten zu wollen. Über die Zusammensetzung der Teams in den Jobcentern – ob ganze BJO-Teams oder halbe – entschieden die Geschäftsführung und die Trägerversammlung der Jobcenter. Es hänge auch davon ab, ob die Teams nach Branchen zusammengesetzt würden.

Dr. Ina Czyborra (SPD) fragt:

Welche Möglichkeiten der öffentlichkeitswirksamen Unterstützung des Anliegens "One Billion Rising" sieht die Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung, Integration und Frauen?

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) betont, dass die weltweite Kampagne für ein Ende der Gewalt gegen Frauen und Mädchen erstmals am heutigen 14. Februar stattfinde. Auf die sexuelle Gewalt, die Frauen weltweit erleiden müssten, solle mit Aktionen, Streiks und Protestkundgebungen aufmerksam gemacht werden. Als Frauensentorin begrüße und unterstütze sie die Aktion. Sie habe die Schirmherrschaft der Dance-Demo am Pariser Platz am heutigen Tag übernommen und zeige damit, dass der Senat diese Aktion unterstütze. Mit derartigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen müsse gegen die Tabuisierung sexueller Gewalt angegangen werden. Außerdem müssten die Berliner Netzwerke gestärkt werden, damit Frauen, die Gewalt erfahren hätten, Unterstützung erhielten.

Dr. Ina Czyborra (SPD) schlägt vor, dass der Ausschuss die Aktion öffentlich unterstützen solle.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Ausschuss für Arbeit, Integration Berufliche Bildung und Frauen das Anliegen der Veranstaltungen ausdrücklich unterstütze.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) stellt die Frage:

Warum werden dem Griechischen Kulturzentrum ohne Vorwarnung zum 1. März 2013 die Gelder gestrichen? Warum erfolgt das jetzt, wo so viele Griechen nach Berlin kommen, die Beratung brauchen?

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) stellt richtig, dass die Einstellung der Mittel nicht ohne Vorwarnung erfolgt sei. Es seien diverse Gespräche geführt worden. Die Hellenische Gemeinde zu Berlin sei mehrere Jahre über den Etat des Integrationsbeauftragten von Berlin gefördert worden. Im Dezember 2012 habe Frau Dr. Monika Lüke (SenArbIntFrau; Landesbeauftragte für Integration und Migration) dem Vorstand mitgeteilt, dass eine Weiterförderung nur noch bis Ende März 2013 möglich sei. Der Grund seien wiederholte Verstöße gegen das Nichtraucherschutzgesetz im Jahr 2012. Dagegen habe es viele Klagen von Menschen, die Beratung in Anspruch genommen hätten, gegeben. Darüber hinaus habe sich die Antragsprüfung bei der Hellenischen Gemeinde als schwierig gestaltet. Schriftliche und persönliche Auf-

forderungen, dem Gesetz zu folgen, seien nicht befolgt worden. Dem Träger seien andere Kofinanzierungswege aufgewiesen worden. Für die griechische Community in Berlin werde mit der Treff- und Beratungsstelle To Spiti e.V. noch eine weitere Beratungsmöglichkeit gefördert.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) fragt nach, ob erneut ein Beratungsangebot wegen formaler Fehler gestrichen werde und SenArbIntFrau sich nicht mit dem Träger zusammen um die Erfüllung formaler Voraussetzungen kümmere, die eine Förderung ermögliche. Ein Träger, der gute Beratungsarbeit leiste, müsse nicht unbedingt gute Anträge schreiben können.

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) erwidert, der Verein verstöße gegen das Nichtraucherschutzgesetz, was keine Lappalie sei. SenGesSoz und das Ordnungsamt seien involviert gewesen. Eine Einrichtung, die Familien mit Kindern und auch gesundheitlich beeinträchtigte Menschen berate und mit öffentlichen Mitteln gefördert werde, müsse das Nichtraucherschutzgesetz einhalten.

Die **Fraktion der CDU** und die **Fraktion Die Linke** verzichten auf eine Frage.

Vorsitzende Anja Kofbinger erklärt die Aktuelle Viertelstunde für beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0070](#)
ArbIntFrau
„Berlin-Arbeit“ konkret – Programme und Maßnahmen
der Arbeitsförderung in Berlin
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion)

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0049](#)
ArbIntFrau
Drucksache 17/0228
Mindestlohngesetz für das Land Berlin
(Landesmindestlohngesetz) Haupt(f)
Recht
WiFoTech

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.